

# KLARTEXT WOHLFAHRT

## Flüchtlingspolitik in Deutschland und Baden-Württemberg

### verantwortungsvoll ausrichten

#### Flucht als anhaltendes, globales Phänomen

Ein Drittel der baden-württembergischen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Hierzu zählen Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland gekommen sind; auch Flucht vor Verfolgung, Krieg und Gewalt gehören dazu.

Dass Menschen sich gezwungen sehen ihren Heimatort zu verlassen und woanders Sicherheit und/oder eine Lebensgrundlage zu suchen, ist nicht neu, im Gegenteil: Migrationsbewegungen sind ein anhaltendes globales Phänomen. Allerdings sind die Flüchtlingszahlen weltweit in den letzten Jahrzehnten angestiegen: Laut UNHCR sind erstmals auf der Welt mehr als 100 Mio. Menschen auf der Flucht vor Konflikten, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung, davon ca. die Hälfte innerhalb ihres eigenen Landes, 86 % bleiben in ihrer Herkunftsregion<sup>1</sup>.

Es braucht daher konsequent gemeinsame Anstrengungen der Staatengemeinschaft zur Beseitigung von Fluchtursachen - zu diesen gehört in immer größerem Umfang auch die Klimaveränderung.

Gleichzeitig ist die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen nicht nur ein Gebot der Humanität, sondern eine zwingende menschen- und völkerrechtliche Verpflichtung. Das Recht auf Asyl ist in Artikel 18 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert<sup>2</sup>. Art. 33 der Genfer Flüchtlingskonvention verbietet die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung von Flüchtlingen in den Verfolgerstaat, auch über sog. Ketten-

abschiebungen<sup>3</sup>. Ein effektiver Zugang zu einem rechtsstaatlichen Asylverfahren in der EU ist ein elementarer menschenrechtlicher Grundpfeiler einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Menschenrechte konsequent schützt.

#### Aktuelle Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa

2022 wurden 148.000 Schutzsuchende aus der Ukraine, 27.800 Asylantragssteller:innen aus weiteren Ländern und 3.400 Personen, vor allem afghanische Ortskräfte, über ein humanitäres Aufnahmeprogramm in Baden-Württemberg aufgenommen<sup>4</sup>.

Innerhalb kürzester Zeit wurden politische Entscheidungen und Regelungen getroffen, um Schutzsuchende aus der Ukraine im europäischen Rahmen (Aktivierung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz) und im deutschen System zu unterstützen. Vor allem die Zivilgesellschaft hat in vielen europäischen Ländern, schnell und unkompliziert reagiert.

Nach Angaben des baden-württembergischen Justizministerium sind hier ca. 80 % der ukrainischen Schutzsuchenden privat untergebracht<sup>5</sup>.

Gleichzeitig mehren sich Stimmen, die vor einer Überforderung der aufnehmenden Gesellschaft warnen und restriktive Maßnahmen zur Begrenzung von Zuwanderung und Aufnahme in Deutschland und Europa fordern.

<sup>1</sup> UNHCR: Erstmals mehr als 100 Millionen Flüchtlinge - Vereinte Nationen - Regionales Informationszentrum für Westeuropa (unric.org) (zuletzt abgerufen am 21.06.23)

<sup>2</sup> Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft (2000): Charta der Grundrechte der Europäischen Gemeinschaften. 2000/C 364/01. Online unter: [https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text\\_de.pdf](https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf) (zuletzt abgerufen am 21.06.23)

<sup>3</sup> The UN Refugee Agency (1951): Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951. Online unter: [https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/GFK\\_Pocket\\_2015\\_RZ\\_final\\_ansicht.pdf](https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/GFK_Pocket_2015_RZ_final_ansicht.pdf) (zuletzt abgerufen am 21.06.2023)

<sup>4</sup> Ministerin Gentges, Justizministerium am 26.4.23 im „Forum Juristen“ der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

<sup>5</sup> Ibid.



Zweifelsohne bedeuten die steigenden Zahlen eine enorme Kraftanstrengung für alle Beteiligten. Die Unterbringung der Menschen in unserem Land ist und bleibt eine gemeinschaftliche Aufgabe der Gesellschaft und aller staatlichen Ebenen.

Ein menschenwürdiger Umgang mit Geflüchteten und Integration muss dabei jedoch stets die handlungsleitende Maxime sein. Zum Gelingen dessen tragen eine umfassende Kommunikation in Medien und Gesellschaft, eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen bei. Respekt, gegenseitige Unterstützung und Pragmatismus helfen, die gemeinsame humanitäre Herausforderung zu meistern.

Eine Kommunikation, die ausschließlich die Schwierigkeiten und Herausforderungen betont und thematisiert, verengt hingegen unseren Blick auf riskante Art und Weise. So gibt es zahlreiche Beispiele, die eine gelungene Integration zeigen und die Chancen der Einwanderung für die Gesellschaft verdeutlichen. Viele Menschen in Baden-Württemberg sind zunächst als Asylbewerber:innen und Flüchtlinge zu uns gekommen – inzwischen sind sie längst Teil der Gesellschaft.

Geflüchtete Menschen sind an erster Stelle Schutzsuchende, die mit ihren traumatisierenden Fluchterfahrungen bei uns ankommen und aufgenommen werden. Sie sind jedoch ebenso Menschen mit unterschiedlichen Potenzialen und z. B. Berufen, die nach einer Lebensperspektive in Deutschland suchen werden. So ist es falsch, sie als eine Belastung für die Gesellschaft zu sehen und die Lösung wiederum allein bei Fachkräften zu sehen, die mit dem richtigen Visum eingereist sind. Die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte wie auch die aktuelle Zuwanderung haben einen wesentlichen Anteil an der Funktionsfähigkeit unseres sozialen Sicherungssystems. Genauso wichtig ist ein Bekenntnis aller dazu, dass gelingende Integration Zeit und gute Rahmenbedingungen braucht.

## Handlungsnotwendigkeiten und -möglichkeiten

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg zeigt im Spiegel dieser Situation mit den folgenden sechs Punkten die Notwendigkeit und auch die Optionen für eine verantwortungsbewusste Neuaufstellung der Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa auf.

### 1. Verantwortungsteilung auf europäischer Ebene herbeiführen

→ Um die Integration schutzbedürftiger Menschen von Anfang an zu fördern, muss das Ziel in der EU ein System der solidarischen Verantwortungsverteilung bei der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen sein. Das derzeitige „Dublin-System“ hingegen verschiebt die Verantwortung einseitig auf die Mitgliedsstaaten an den EU-Außengrenzen. Die jüngste Einigung auf eine gemeinsame

Position des Rates zu den Vorschlägen der EU-Kommission für ein neues EU-Flüchtlingsrecht hält an diesem dysfunktionalen Dublin-System fest, was die Ursache für die Nichteinhaltung von Standards in den EU-Außengrenzen-Staaten ist. Das Ziel muss eine gerechte Verantwortungsverteilung bei der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen in der Europäischen Union sein. Hierzu bedarf es eines verbindlichen Verteilschlüssels nach Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Die freie Wahl des Zufluchtlandes – wie bei den aufgenommenen ukrainischen Flüchtlingen (z. B. zu Verwandten, Bekannten, Freunden) – ist ein wesentlicher Faktor für eine auf Erfolg angelegte Integrationspolitik und sollte unbedingt beibehalten werden.

→ Ein gemeinsames Aufnahmesystem setzt voraus, dass Standards für faire und rechtsstaatliche Asylverfahren und vor allem für die Gewährung minimaler Aufnahmebedingungen (Zugang zum Arbeitsmarkt, Unterbringung, Versorgung bei Bedürftigkeit) gemeinsam vereinbart werden und umgesetzt werden. In allen EU-Mitgliedsstaaten muss das Existenzminimum gewährleistet sein, von Asylbewerbern im Asylverfahren genauso von Geflüchteten mit Schutzstatus oder solange die Rückführung nicht möglich ist. Dies ist das einzige wirksame Instrument, um Sekundärwanderungen zu verhindern.

→ Schutzsuchende Menschen an oder vor den EU-Außengrenzen zu inhaftieren oder in großen Flüchtlingslagern unterzubringen, widerspricht den Grundprinzipien einer auf den Menschenrechten basierten Werteunion. Stattdessen sind alle Mitgliedsstaaten gefordert, Asylverfahren zügig durchzuführen, die Asylsuchenden menschenwürdig und möglichst dezentral unterzubringen. Nur so können schutzbedürftige Menschen schnell Schutz und Aufnahme finden und Integration nachhaltig gelingen.

→ Das gemeinsame europäische Asylsystem muss aus dem EU-Haushalt finanziert werden. Ein Finanzierungssystem, das Anreize schafft, Aufnahme und Integration von Anfang an zu fördern, ist ein wichtiger Faktor zur Förderung der Akzeptanz des gemeinsamen Asylsystems und der Aufnahme von Geflüchteten in der Bevölkerung.

### 2. Asylverfahren in Deutschland beschleunigen

→ Die Voraussetzung für zügig durchgeführte Asylverfahren (Registrierung, individuelle Anhörung zu Asylgründen, Bescheiderstellung) behördlicherseits ist eine ausreichende Ausstattung des Personals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

→ Verfahren können deutlich entlastet werden, wenn Flüchtlinge mit klar gegebener Schutzbe-



dürftigkeit aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe ein humanitäres Aufenthaltsrecht bekommen (vgl. Ukraine).

### 3. Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden klären

- Es braucht eine Kohärenz und Stimmigkeit der integrationspolitischen Maßnahmen und Zuständigkeiten der beteiligten Ebenen.
- Die nachhaltige Finanzierung und Kostenerstattung für die Kommunen (z. B. Deutschförderung, Unterbringung) ist zu verankern. Es braucht die Finanzierung einer Grundstruktur, die auch bei weniger Geflüchteten nicht wegfällt, sondern vor Ort flexibel angewandt werden kann.
- Eine Ernennung von Integration zu einer Pflichtaufgabe von Kommunen ist zu diskutieren.

### 4. Integration von Anfang an fördern

- 60-70 % der Asylsuchenden verbleiben mittel- oder langfristig in Deutschland. Daher sollte von Anfang an auf eine gute Integration aller Asylsuchenden gesetzt werden. Hierzu braucht es u. a. eine schnelle Verteilung in die Landkreise und Gemeinden, Arbeitsaufnahme und Deutschförderung.
- Ein langer Aufenthalt in einer Großunterkunft wirkt nachteilig auf die Menschen, die weitestgehend separiert von der Aufnahmegesellschaft, in diesen leben müssen. Sie haben dadurch u. a. kaum Möglichkeiten Deutsch in Interaktion mit Muttersprachler:innen zu üben, Kinder haben keine eigenen Räumlichkeiten oder Ruhe um Hausaufgaben zu machen, die Arbeitsaufnahme ist erschwert. Eine frühzeitige und gute Begleitung und Förderung der Integration wirkt präventiv und spart am Ende Geld.

### 5. Strukturelle Mängel auf dem Wohnungsmarkt, Kinderbetreuung, Bildungsbereich beseitigen

- Es gibt eine Reihe von strukturellen Defiziten (mangelnder Wohnraum oder fehlende Plätze der Kinderbetreuung), die unabhängig von Flüchtlingszahlen schon länger existieren und alle in Deutschland lebenden Menschen betreffen. Diese werden nicht dadurch gelöst, dass weniger Flüchtlinge aufgenommen werden. Medial geführte Neiddebatten sind daher zu vermeiden.
- Mängel in der sozialen Infrastruktur verhindern zudem oftmals eine zügige und erfolgreiche Integration. Viele Geflüchtete, die 2015 nach Baden-Württemberg kamen, leben weiterhin in den Gemeinschaftsunterkünften, weil sie bis heute keinen Wohnraum finden konnten.
- Damit genügend bezahlbare Wohnungen für alle zur Verfügung gestellt werden können, braucht es dringend mehr und nachhaltig ausreichend sozialen Wohnungsbau. Ebenso können gezielte Maßnahmen

zur Erhebung des Leerstandes helfen, ungenutzten Wohnraum Flächen zu erschließen.

- Es bedarf geeigneter Maßnahmen, um ausreichend Personal für den Bildungsbereich zu gewinnen. Dazu gehören auch bessere Arbeitsbedingungen und intelligente Modelle, um durch gut zusammengestellte Teams (Fachkräfte und angeleitete Unterstützungskräfte) mit hoher Qualität Bildung für alle sicherstellen zu können.

### 6. Die aktuellen Herausforderungen ressourcen- und potenzialorientiert angehen

- Aus Sicht der Liga-BW ist es positiv, dass mehr Kinder und Jugendliche nach Deutschland kommen, und die alternde Gesellschaft „verjüngen“.
- Die erwachsenen Zugewanderten können auch ein Teil der Lösung der strukturellen Defizite sein, wenn sie entsprechend unterstützt und der Einstieg in die qualifizierte Arbeit ermöglicht wird, u. a. durch eine erleichterte und beschleunigte Anerkennung von mitgebrachten beruflichen Qualifikationen.
- Dazu braucht es mehr Flexibilität im System der Begleitung und Betreuung der Schutzsuchenden, den Abbau von Hürden und Zugangsbeschränkungen in Bildung und Ausbildung und ein entsprechend ausgestattetes Begleitsystem.
- Die Verbände der Liga-BW sind hier zentrale Akteure und stehen auch in der Verantwortung, diese Lösungen gemeinsam mit den Partner:innen in Kommunen und Land zu entwickeln.
- Das Konzept der Liga zur ebenenübergreifenden Flüchtlingssozialarbeit sehen wir als einen wichtigen Schritt in diese Richtung. Mehr dazu lesen Sie im „Konzept einer Neuaufstellung der Flüchtlingssozialarbeit in Baden-Württemberg – Bestandsaufnahme und Empfehlung der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg“ (Download unter: [www.liga-bw.de/publikationen](http://www.liga-bw.de/publikationen)).

  
liga-bw.de

Liga der freien Wohlfahrtspflege  
in Baden-Württemberg e.V.



Stauffenbergstr. 3 | 70173 Stuttgart  
T: 0711 61967-0 | E: [info@liga-bw.de](mailto:info@liga-bw.de)  
[www.liga-bw.de](http://www.liga-bw.de)

Erschienen: August 2023